

Karsten Rudolph: „Sendestörung“

Déjà-vu der Rundfunk-Krisen

Von Stefan Fries

Deutschlandfunk Kultur, Lesart, 23.08.25

Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ungewiss. Die Bundesländer arbeiten an einer Reform, ARD und ZDF klagen gegen die ausgebliebene Erhöhung des Beitrags. In dieser Debatte verschafft ein Buch über die Geschichte des Rundfunks erstaunliche Einsichten.

Längst nicht jedes Geschichtsbuch ist so aktuell wie das des Historikers Karsten Rudolph, Professor an der Ruhr-Universität Bochum. Wer die rund 200 Seiten liest, fühlt sich immer wieder in die Gegenwart versetzt. Wie reformieren wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie verhindern wir eine Erhöhung des Beitrags, welche Sender streichen wir, welche legen wir zusammen, wie viel dürfen Intendanten verdienen? Jede Diskussion im Jahr 2025 hat es seit Erfindung des Rundfunks nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal gegeben, wie Rudolph anschaulich erzählt.

Kleinster gemeinsamer Nenner

Sein Buch „Sendestörung“ will laut Untertitel von „Aufstieg und Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ erzählen, wengleich der Aufstieg, also die Entwicklung über die vergangenen Jahrzehnte, deutlich mehr Raum einnimmt, und der wohl auf die Gegenwart gemünzte Begriff „Krise“ schon früher Geltung hatte.

Karsten Rudolph bringt dabei gleich mehrere Perspektiven ein. Geschrieben hat er es als Historiker an der Ruhr-Universität Bochum. Er kennt das System aber auch von innen; jahrelang war er Mitglied des WDR-Verwaltungsrats, der den Sender wirtschaftlich überwacht und berät. Und als Landtagsabgeordneter für die SPD hat er an der Gesetzgebung über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mitgewirkt.

Dass dieser Gesetzgeber eher schwach ist, macht er im Laufe seines Buches immer wieder deutlich. Denn die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie die Landtage können Änderungen nur einstimmig beschließen. Das macht größere Reformen unwahrscheinlich und führt bei Kompromissen eher zum kleinsten gemeinsamen Nenner.

Karsten Rudolph

Sendestörung

Aufstieg und Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

C.H. Beck

240 Seiten

20 Euro

Allerdings haben sich die Bundesländer vor allem gegen Kanzler Konrad Adenauer ihre Kompetenzen in der Rundfunkpolitik erkämpft – unterstützt vom Bundesverfassungsgericht, dessen Rolle Rudolph anschaulich herausarbeitet. Das Gericht hat nicht nur den Bund, sondern auch die Länder immer wieder eingehegt und die Kompetenzen der Sender gestärkt.

Das Bundesverfassungsgericht als entscheidender politischer Akteur

Im Interview zu seinem Buch sagt Rudolph, das Gericht habe sich zum Gesetzgeber entwickelt: „Wir haben da eine Reihe von Urteilen des Verfassungsgerichts, und die haben das öffentlich-rechtliche System, so wie es von den Briten vor allen Dingen eingeführt wurde, nachhaltig bestätigt auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite eben geprägt. Und das Verfassungsgericht ist eben nicht nur Hüter des gemeinnützigen Rundfunks und der Rundfunkordnung, sondern man muss auch sagen, ein entscheidender, ich würde sagen, heutzutage der entscheidende politische Akteur.“

Diese historische Einsicht bestätigt sich auch im Jahr 2025. Wie schon vor vier Jahren entscheidet über die Höhe des Rundfunkbeitrags nicht die Politik, die das verfassungswidrig verweigert hat, sondern wohl wieder das Bundesverfassungsgericht, bei dem ARD und ZDF geklagt haben. Verwundern kann allerdings nicht, dass sich unter acht Richtern leichter eine Mehrheitsentscheidung findet als ein einstimmiges Votum unter 16 Politikern.

Die Macht des Publikums

Karsten Rudolph erzählt in seinem Buch keine Programmgeschichte, lässt Fernsehserien, Spielshows und Nachrichtensendungen weitgehend außen vor. Er blickt auf die großen politischen Linien, die den Rahmen vorgegeben haben.

Manche Prozesse rafft er stark zusammen, so dass man vor lauter Namen kurzzeitig den Überblick verliert. Andere Episoden erzählt er dafür erstaunlich ausführlich – etwa, wie Intendanten in CDU-geführten Bundesländern 1961 die Ausstrahlung des Fernsehfilms „Die Sendung der Lysistrata“ verweigerten, weil er angeblich zu anstößig sei. Bereits vor Einführung der Quotenmessungen zeigt diese Episode, welchen Einfluss das Publikum hatte, das die Sender am Ende förmlich zur Ausstrahlung zwang.

Die letzten Jahrzehnte rafft Rudolph allerdings; möglicherweise fehlt hier der zeitliche Abstand, den der Historiker zur Beurteilung braucht. Allerdings spart er nicht mit einem Ausblick im Krisenjahr 2025 und sagt, zum ersten Mal in seiner Geschichte sei die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ungewiss: „Das hat es eigentlich noch nie gegeben, weil bei allen Krisen, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner langen Geschichte hinter sich gebracht hat, war eigentlich immer das Bewusstsein in den Sendern, aber auch beim Publikum, in der Öffentlichkeit vorhanden: Egal wie die Sache weitergeht, sie geht mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiter – die Frage ist nur: wie. Und wir stehen jetzt in der Tat in einer Situation, wo ich sage: Das ist ungewiss, es steht nicht nur die Frage, wie es weitergeht, sondern ob es auch weitergeht.“

Das Jahr 2025 wird dazu Entscheidungen bringen.